

Landtagswahl am 9. Oktober: SoVD erwartet entschlossenes politisches Handeln in der neuen Legislaturperiode

Forderungen für soziale Gerechtigkeit

Corona-Pandemie, Klimakrise, Ukraine-Krieg und steigende Inflation – die Menschen in Niedersachsen haben mit den Auswirkungen zahlreicher Probleme zu kämpfen. Diese verschärfen auch die soziale Ungleichheit. Derzeit sind im Bundesland etwa 1,3 Millionen Menschen armutsgefährdet, viele trotz Vollzeitarbeit. Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige werden in vielen Bereichen des Lebens noch immer deutlich benachteiligt. Eine gute und verlässliche Gesundheitsversorgung sowie die Verfügbarkeit von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum sind vielerorts in Niedersachsen nicht sichergestellt. Als größter Sozialverband in Niedersachsen engagiert sich der SoVD für soziale Gerechtigkeit und für die Teilhabe aller. Angesichts der vielen Problemlagen erwartet der Verband ein entschlossenes politisches Handeln und macht mit seinen Forderungen klar, wie die Landespolitik den Herausforderungen entgegenzutreten muss. Vertiefende Informationen können in der Broschüre „Forderungen zur niedersächsischen Landtagswahl“ nachgelesen werden. Diese ist unter www.sovd-nds.de/service/publikationen/broschueren-und-flyer abrufbar.

Wohnen und Leben

Angemessener und bezahlbarer Wohnraum ist für Menschen existenziell wichtig. Wer allerdings ein kleines Einkommen hat, findet immer schwerer passenden Wohnraum. In vielen Orten Niedersachsens sind Wohnkosten zu einem Armutsrisiko geworden. Diesen Entwicklungen gilt es entgegenzuwirken, indem der soziale Wohnungsbau verstärkt ausgebaut und mehr barrierefreier Wohnraum geschaffen wird. Auch müssen Mietpreissteigerungen bei hohen Mietbelastungen begrenzt werden. Um die Situation zu verbessern, fordert der SoVD außerdem, dass eine Landeswohnungsbaugesellschaft eingeführt wird.

Bei der Gesundheitsversorgung und in der Geburtshilfe fehlt es in Niedersachsen an bedarfsgerechtem Angebot, der Mangel an Ärzt*innen ist vor allem auf dem Land groß. Eine wohnortnahe und hochwertige medizinische Versorgung ist jedoch unverzichtbar. Zentral für den SoVD ist, dass die staatliche Daseinsvorsorge gefördert wird – diese muss verlässlich, kostengünstig und barrierefrei sein. Dafür müssen auch regionale Gesundheitszentren weiterentwickelt und die Versorgung in der Psychotherapie muss ausgebaut werden.

Als Folge der Pandemie-Schutzmaßnahmen haben vor allem junge Menschen und Senior*innen verstärkt Einsamkeits- und Isolationsgefühle erlebt. Die Bedürfnisse von jungen Menschen und Senior*innen müssen daher als Teil der Daseinsvorsorge stärker berücksichtigt werden. Der

SOVD-KAMPAGNE

Der SoVD belässt es nicht bei politischen Forderungen. Mit seiner Kampagne „Gemeinsam gegen einsam“ geht der Verband die Probleme selbst an und unterstützt all diejenigen, die nicht weiterwissen. Mehr Informationen dazu gibt es unter www.sovd-gemeinsam.de.

SoVD fordert, die Jugend- und Altenhilfe durch mehr personelle und finanzielle Ressourcen zu stärken und verlässliche soziale Infrastrukturen zu

bessere Rahmenbedingungen zu schaffen – etwa durch Tarifbindung, Begrenzung von Minijobs oder die Förderung Geringqualifizierter.

in Niedersachsen in allen Bereichen gelebt wird, Inklusion in den ersten Arbeitsmarkt gefördert und auch im Bildungssystem konsequent

Bildungschancen

Chancenungleichheit im Bildungswesen reproduziert Armut und Benachteiligung über Generationen. Der SoVD fordert daher verstärkte Anstrengungen, die Bedeutung der sozialen Herkunft für Bildungserfolge zu begrenzen. Neben einer konsequenten Umsetzung der inklusiven Schule müssen auch neue Anschlusskonzepte entwickelt werden, um Qualifizierungs- und Ausbildungschancen für junge Menschen mit Behinderung zu verwirklichen. Es sind umfassende Reformen und Investitionen in inklusive und zugangsgerechte Bildungssysteme nötig.

Pflege

Bei anhaltendem Fachkräftemangel und schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege gibt es gleichzeitig immer mehr Pflegebedürftige. Um eine gute und solidarische Pflege zu erreichen, fordert der SoVD die Einführung einer Bürgerversicherung, eine bessere Bezahlung von Pflegekräften und das Sicherstellen fairer Arbeitsbedingungen mit langfristigen Perspektiven. Pflegebedürftigkeit darf auf der anderen Seite kein Armutsrisiko für Betroffene und ihre Familien sein – daher ist eine Begrenzung der Eigenanteile unverzichtbar. Pflegenden Angehörige müssen zudem bessere Entlastungs- und Unterstützungsangebote erhalten. Dringend erforderlich ist es auch, altersgerechte Angebote für jüngere Pflegebedürftige auf- und auszubauen – diese sind in Niedersachsen bisher kaum vorhanden.



Im Vorfeld der Landtagswahl planen zahlreiche SoVD-Kreis- und Ortsverbände lokale politische Aktionen und befragen Politiker*innen zu den verschiedenen Themenkomplexen für mehr soziale Gerechtigkeit.

schaffen. Um jungen Menschen mehr politische Beteiligung zu ermöglichen, sollte das Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt werden.

Armut bekämpfen

16,8 Prozent der Menschen in Niedersachsen sind armutsgefährdet. Vor allem Menschen, die nicht erwerbstätig sind, sind betroffen. Die Energiekrise und hohe Inflation verschärfen die Situation. Um Armut einzudämmen, fordert der SoVD unter anderem die Anhebung des Rentenniveaus, einen Zuschlag von mindestens 100 Euro pro Monat für Leistungsempfänger*innen von Grundsicherung sowie höhere Zuschläge für Erwerbsminderungsrentner*innen. Um Armutsgefährdung zu vermeiden, muss auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einfacher ermöglicht werden, etwa durch flexible Arbeitszeitmodelle, Kinderbetreuungs- sowie Unterstützungsangebote speziell für Alleinerziehende. Auf dem Arbeitsmarkt ist es zentral, prekäre Arbeitsverhältnisse einzuschränken und strukturell

Mobilität

Um die Klimakrise zu bewältigen, sind auch Anstrengungen der Verkehrspolitik notwendig, vor allem muss beim Umbau der Infrastruktur auf dem Land Geld investiert werden. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sollte flächendeckend ausgebaut und der Umweltverbund, die Barrierefreiheit, der sicherer Zugang und die Bezahlbarkeit für alle müssen gestärkt werden. Damit alle Menschen teilhaben können, ist entscheidend, dass auch die Barrierefreiheit von Wegeketten insgesamt sichergestellt wird. Der SoVD spricht sich außerdem für die dauerhafte Einführung eines landesweiten Sozialtickets für den ÖPNV aus.

Inklusion

Die unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet seit 2009 Deutschland und somit auch Niedersachsen barrierefreie Zugänge zu schaffen, Benachteiligung abzubauen und umfassende Teilhabe zu ermöglichen. Daher fordert der SoVD, dass Barrierefreiheit

umgesetzt wird. Zentral ist zudem, dass die Mehrbedarfe von Menschen mit Behinderung mit einem Teilhabegeld aufgefangen werden. Eine Unterstützung durch Gebärdensprachdolmetscher*innen oder Assistenzleistungen muss bei Bedarf bereitgestellt werden.

Klimaschutz

Die Anpassung an erwartbare schädliche Folgen des Klimawandels muss sofort beginnen – auch im Sinne der Generationengerechtigkeit. Dazu braucht es bauliche Anpassungen für zukünftige Hitzeereignisse. Zugleich ist soziale Gerechtigkeit bei der Bewältigung der Klimakrise zentral: Ärmere Menschen leiden direkter unter den Klimafolgen als Wohlhabendere, da sie über weniger Ressourcen zur Anpassung verfügen. Zugleich trägt ihr Lebensstil oft deutlich weniger zu schädlichen Umwelteffekten bei. Politische Maßnahmen müssen daher bei den Hauptverursacher*innen ansetzen und unbedingt sozial und fair gestaltet sein.

„NACHGEHAKT!“

Was wird die Politik konkret unternehmen, um Teilhabe und soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen zu verwirklichen? Der SoVD hat dazu die Spitzenkandidat*innen der Parteien befragt. Ihre Stellungnahmen sind ab dem 5. September in kurzen Video-Beiträgen auf dem Facebook-Kanal des SoVD abrufbar: www.facebook.com/sovndnds.